

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP

Vorlagen Nr.:

A/3/0247

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	11.03.2024

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Bürokratieabbau und Überprüfung sämtlicher Verwaltungsabläufe auf Effektivität"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag fordert die Landes- und Bundesregierung auf, den längst überfälligen und lange angekündigten Bürokratieabbau endlich vorzunehmen.
2. Der Landrat wird beauftragt sämtliche Verwaltungsabläufe auf Sinnhaftigkeit, Effektivität und Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen. Durch bürger- und mitarbeiterfreundliche Verwaltungsvorgänge soll die Motivation sowie die Effektivität der Verwaltung deutlich gesteigert werden.

Daraus resultierend sollen Verwaltungsabläufe, falls möglich auch durch Digitalisierung, mit dem Ziel optimiert werden, Stelleneinsparungen vornehmen zu können.
Eine entsprechende Reduzierung der vorhandenen Stellen zum Haushalt 2025 ist anzustreben

Begründung:

Die Übertragung von immer neuen Aufgaben und Vorschriften führt dazu, dass neben Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und auch die Verwaltungen mit ausufernder Bürokratie belastet werden. Gerade im öffentlichen Sektor drohen hohe Mehrausgaben, weil zusätzliches Personal benötigt wird.

Der aktuelle Haushaltsentwurf des Landkreises Vorpommern-Rügen enthält 93,250 neue Stellen. Davon sind 50,600 Stellen mindestens teilweise der Wahrnehmung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises oder als untere staatliche Verwaltungsbehörde zuzuordnen. Auch sind 36,000 Stellen mindestens teilweise mit der Wahrnehmung von pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben (eigener Wirkungskreis) verbunden.

Damit sind in der Landkreisverwaltung insgesamt 1.097,368 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) in 2024 geplant. Die Begründung der neuen Stellen wurden seitens der Verwaltung in den Ausschüssen schlüssig vorgetragen und sind aufgrund solider Fallzahlen oder durch Untersuchung der Organisationsabläufe entstanden.

Mit diesem Antrag sollen jedoch alle anderen zahlreichen Verwaltungsabläufe ebenso auf Effizienz in den Organisationsabläufen untersucht werden, um gezielt Einsparungen vornehmen zu können.

Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen im öffentlichen Sektor arbeiten und dann der freien Wirtschaft niemand mehr zur Verfügung steht. Das Verhältnis der Angestellten im öffentlichen Dienst zu der Privatwirtschaft wird dadurch immer unausgewogener.

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BfS-FDP